

22. Oktober
2019

Landtags-Sitzungssaal
Chiemseehof Salzburg

Beschlüsse

Salzburger Jugendlandtag 2019



**GRUPPE RÄUME UND
BETEILIGUNG FÜR ALLE**

Michael Berger
Viktor Loreth
Emanuel Mairoll
Sebastian Bruchmann
Jonas Rettenbacher
Lorenz Kraml

**GRUPPE DIE EU MIT DER
JUGEND ZUSAMMENBRINGEN**

Rusul Arkam
Bernadette Bründl
Laura Illoldi Davalos
Kiana Khorramian
Pia Pabinger
Andreas Schwab

GRUPPE GUTE ARBEIT FÜR ALLE

Annika Hess
Katharina Schwaighofer
Klemens Pfeifenberger
Simon Moser
Mia C. Gruber
Alexander Bar
Theresa Brandauer
Elisa Marie Quehenberger
Anne Landwehr

**GRUPPE PSYCHISCHE GESUNDHEIT
UND WOHLBEFINDEN**

Miriam Stürzl
Regina Seiwald
Alexander Huttegger
Alexandra Tabojer
Carl-Nityananda Allesch
Theresa Fischer
Corina Steger
Nadia Shtanko

**GRUPPE EIN NACHHALTIGES
GRÜNES EUROPA**

Leyla Kum
Hannah Lukasser
Miriam Lindner
Sebastian Schwap
Bernhard Gögele
Christina Maria Göllner
Tiba Roberta Hütter
Lisa Fuchs

MEDIENGRUPPE

Julia Gangl
Tanja Kreidenhuber
Lea Huber

Antrag 2: Räume und Beteiligung für alle

Michael Berger, Lorenz Kraml betreffend
Wahlinformation für BürgerInnen im Land Salzburg..... 04

Antrag 3: Die EU mit der Jugend zusammenbringen

Bernadette Bründl und Pia Pabinger betreffend
Förderung von Schulausflügen nach Brüssel in der Oberstufe 05

Antrag 5: Gute Arbeit für alle

Theresa Brandauer und Mia Gruber betreffend
qualifizierte und umfangreiche Vorbereitung auf die Arbeitswelt für Jugendliche..... 06

Antrag 7: Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

Theresa Fischer und Alexander Huttegger betreffend
Förderung des Empathievermögens und Steigerung
der sozialen Kompetenzen in Schulen..... 07

Antrag 9: Ein nachhaltiges und grünes Europa

Sebastian Schwap und Miriam Lindner betreffend
Öffis stärken – Individualverkehr schwächen..... 08

Antrag 10: Ein nachhaltiges und grünes Europa

Lisa Anita Fuchs und Tiba Roberta Hütter betreffend
Lebensmittel im Abfall..... 09

ANTRAG 2: Räume und Beteiligung für alle

Michael Berger, Lorenz Kraml betreffend Wahlinformation für BürgerInnen im Land Salzburg

Im Rahmen der Nationalratswahl 2019 haben die Parteien ihre Wahlprogramme vorgestellt. Diese sind oftmals kompliziert und ungenau formuliert, besitzen keinerlei Struktur und führen die WählerInnen in die Irre.

Aufgrund dieser Umstände kann man oftmals nicht entscheiden, welche Partei die persönlichen Interessen am besten vertritt. Dies verleitet viele BürgerInnen dazu, sich nur nach der Sympathie der SpitzenkandidatInnen zu richten. Ein solcher Umstand ist in einem demokratischen Land wie Österreich untragbar.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, eine neutrale Kommission einzurichten, welche die Parteiprogramme aller zu Landeswahlen antretender Parteien analysiert und verständlich zusammenfasst, um auf Grundlage dieser Zusammenfassung ein Informationsheft für alle BürgerInnen zu gestalten und
2. dieses an alle Haushalte im Land Salzburg bei allen zukünftigen Wahlen mit der Wahlinformation zu versenden beziehungsweise bei Briefwahl im Kuvert zu inkludieren.
3. In die Kommission soll von jeder an der Wahl teilnehmenden Partei ein Mitglied zur Kontrolle der Auslegung des Parteiprogrammes entsandt werden.
4. Das in Punkt 2 erwähnte Informationsheft wird online zur Verfügung gestellt.
5. Dieser Antrag wird dem Petitionsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

**Salzburg, 22.10.2019
Michael Berger und Lorenz Kraml**

**Antragsteller: Michael Berger und Lorenz Kraml
Gruppensprecher: Michael Berger**

Einstimmig angenommen (30 pro, 0 contra)

ANTRAG 3: Die EU mit der Jugend zusammenbringen

Bernadette Bründl und Pia Pabinger betreffend Förderung von Schulausflügen nach Brüssel in der Oberstufe

Ein Großteil der SchülerInnen aus Salzburg ist in Anbetracht der Funktionen und Angebote für Jugendliche von der Europäischen Union nicht ausreichend aufgeklärt und informiert. Bei den EU-Wahlen lässt sich die niedrige Jugend-Wahlbeteiligung auf mangelnde Informationen und fehlenden Bezug zur EU zurückführen.

Statt trockener Vorträge im Rahmen des Unterrichts würde eine gemeinsame Bildungsreise nach Brüssel den SchülerInnen exklusive Einblicke hinter die Kulissen geben und das persönliche Interesse wecken.

Angelehnt an das steirische Modell der Förderung von Schulausflügen zu Einrichtungen der EU, ist es uns ein Anliegen, auch den SchülerInnen unseres Bundeslandes diese einzigartige Möglichkeit zu bieten. Dieses Projekt sollte flächendeckend und verpflichtend eingeführt werden, um die größtmögliche Zielgruppe zu erreichen und die politische Allgemeinbildung der Salzburger Jugendlichen zu verbessern.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass im Bundesland Salzburg eine verpflichtende EU-Bildungsreise nach Brüssel ab der 9. Schulstufe stattfindet.
2. Für dieses Projekt finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die EU-Bildungsreise nach Brüssel für jede/n SchülerIn möglich wird. Außerdem soll ein Vorbereitungsworkshop stattfinden, damit alle TeilnehmerInnen schon vorab Einblick in die Thematik bekommen.
3. In Brüssel ein Kennenlernen einiger EU-PolitikerInnen wie auch der verschiedenen Einrichtungen zu ermöglichen.
4. Dass vor Ort EU-ExpertInnen und EU-PolitikerInnen den SchülerInnen für Fragen zur Verfügung stehen.
5. Die An/Abreise sollte nach Möglichkeit klimafreundlich erfolgen – und zwar mit Bus oder Bahn.

**Salzburg, 22.10.2019
Bernadette Bründl und Pia Pabinger**

**Antragstellerinnen: Bernadette Bründl und Pia Pabinger
Gruppensprecherin: Pia Pabinger**

Mehrheitlich angenommen (26 pro, 3 contra)

ANTRAG 5: Gute Arbeit für alle

Theresa Brandauer und Mia Gruber betreffend qualifizierte und umfangreiche Vorbereitung auf die Arbeitswelt für Jugendliche

In Österreich ist man ab dem 15. Lebensjahr dazu berechtigt, einer Arbeit nachzugehen. Gleichzeitig leben wir in einem Schul- und Arbeitssystem, das darauf baut, allen die gleiche Bildung zu ermöglichen. Trotzdem wissen viele Jugendliche nicht, was sie in der Arbeitswelt erwartet und welche Rechte und Pflichten sie in einem Arbeitsverhältnis haben.

Viele Schülerinnen und Schüler aus allgemeinbildenden höheren und berufsbildenden höheren Schulen, aber auch Lehrlinge im Bundesland Salzburg, fühlen sich nicht ausreichend über die Arbeitswelt informiert und sind für den Einstieg in die jeweiligen Arbeitsbereiche nicht genügend vorbereitet. Die Möglichkeiten der Information, der Weiter- und Fortbildung im Bereich Jugend und Arbeit sind im Bundesland Salzburg für Lehrkräfte aber auch SchülerInnen noch unzureichend, unübersichtlich und, wenn vorhanden, der Allgemeinheit nicht bekannt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragstellerinnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Weiterbildungsmöglichkeiten für LehrerInnen im Bereich Jugend und Arbeit zu schaffen, die sich mit den realen Erwartungen der Arbeitswelt an die ArbeitnehmerInnen beschäftigen.
2. Eine lebensweltorientierte Neuausrichtung der aktuellen Berufsinformationsmesse, um die Arbeitswelt erlebbarer und eine einfachere Kontaktaufnahme mit zukünftigen ArbeitgeberInnen zu ermöglichen.

Dies kann umfassen:

- Aktivitätsinseln – Arbeitsbereiche zum Ausprobieren und „Anfassen“
 - altersspezifische Gespräche mit Fachkräften
 - Gutscheine für ein begleitetes Betriebspraktikum
 - aktivierende Workshops zu den Themen Arbeitsrecht und Bewerbung
3. Um eine Übersichtlichkeit in dieser Weiterbildungslandschaft zu gewährleisten, fordern wir, dass der Salzburger Landtag eine Plattform mit den verschiedenen InteressensvertreterInnen und ExpertInnen errichtet, dass uns Jugendlichen und Jobsuchenden das beste Angebot zur Verfügung gestellt wird.

Salzburg, 22.10.2019
Theresa Brandauer und Mia Gruber

Antragstellerinnen: Theresa Brandauer und Mia Gruber
Gruppensprecherin: Theresa Brandauer

Mehrheitlich angenommen (15 pro, 14 contra)

ANTRAG 7: Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

Theresa Fischer und Alexander Huttegger betreffend Förderung des Empathievermögens und Steigerung der sozialen Kompetenzen in Schulen

Leider ist es offensichtlich, dass bei immer mehr Kindern und jungen Erwachsenen das Gefühl für Empathie verloren geht. Dadurch steigt die Gewaltbereitschaft in unterschiedlichen Formen, wie zum Beispiel Mobbing und Cybermobbing, gewaltverherrlichende Videos sowie mangelnde Hilfsbereitschaft.

Durch Präventionsarbeit, Wertevermittlung und Persönlichkeitsbildung kann dies verhindert werden. Dies sieht man am Beispiel der BAfEP Salzburg. Dort sind die oben genannten Vorfälle kaum zu finden, weil der Lernplan Psychologie, Präventionsarbeiten, Gemeinschaftsstärkung, soziale Kompetenzen und Persönlichkeitsbildung beinhaltet und auf diese Dinge besonders viel Wert gelegt wird. Dies kommt in vielen anderen Schulmodellen oft zu kurz.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, in einem ersten Schritt die Lehrpläne ab der ersten Unterstufe zu ändern und ein zusätzliches, verpflichtendes Fach einzuführen, das folgende Kompetenzen fördert:

- soziale Kompetenz
- Persönlichkeitsbildung
- Psychologie, insbesondere Erste Hilfe bei psychischen Problemen
- Gemeinschaftsstärkung
- Präventionsarbeit, insbesondere gegen Mobbing, Gewalt und Suchtproblematiken
- Wertevermittlung

Dieses Fach soll altersgerecht in allen Schulstufen vermittelt werden.

2. Nicht nur VertrauenslehrerInnen sondern alle Lehrpersonen sollen an verpflichtenden Fortbildungen zur Erkennung und Prävention von beispielsweise Mobbing teilnehmen.

Salzburg, 22.10.2019
Theresa Fischer und Alexander Huttegger

AntragstellerInnen: Theresa Fischer und Alexander Huttegger
Gruppensprecherin: Theresa Fischer

Mehrheitlich angenommen (26 pro, 3 contra)

ANTRAG 9: Ein nachhaltiges und grünes Europa

Sebastian Schwap und Miriam Lindner betreffend Öffis stärken – Individualverkehr schwächen

Um die drohende Klimakrise abzuwenden, ist ein radikales Umdenken, vor allem im Verkehrsbereich, gefordert. Doch dafür muss Herr Landesrat Schnöll auch mit anderen Ressorts, wie dem von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Schellhorn, zusammenarbeiten.

Der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel ist vor allem in ländlicheren Gebieten auf Grund von zu geringer Taktung und Erschließung oft nicht möglich. Viele Jugendliche versuchen deshalb möglichst schnell einen Führerschein zu erhalten, um sich unabhängig bewegen zu können. Dies führt zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen und somit auch zu erhöhten Abgaswerten.

Eine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken ist es, das eigene Fahrzeug nur mehr dazu zu benutzen, um die „letzte Meile zur Bus- oder Bahnhaltestelle“ zurückzulegen. Wichtig ist daher nicht nur, das öffentliche Verkehrsnetz im nicht-urbanen Raum auszubauen, sondern auch den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel durch ein multimodales Verkehrskonzept zu erleichtern.

Doch auch in der Arbeitswelt wird der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr viel zu wenig gefördert. Die PendlerInnenpauschale wäre eine gute Möglichkeit, um Anreize für einen Umstieg zu schaffen. Eine gestaffelte Pauschale, in der FußgängerInnen und RadfahrerInnen gegenüber Öffi-NutzerInnen und diese wiederum gegenüber KFZ-LenkerInnen bevorzugt werden, würde eine positive Lenkungswirkung erzielen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass alle Ressorts der Salzburger Landesregierung zusammen an Lösungen für die bevorstehende Klimakrise arbeiten.
2. Das öffentliche Verkehrsnetz im nicht-urbanen Raum auszubauen sowie die Einführung eines multimodalen Verkehrskonzeptes um den Individualverkehr außerhalb der „letzten Meile zur Bus- oder Bahnhaltestelle“ einzuschränken.
3. Die PendlerInnenpauschale in Form eines gestaffelten Systems, in dem die untere und somit am wenigsten geförderte Stufe die der KFZ-LenkerInnen, die obere die der FußgängerInnen, RadfahrerInnen und Öffi-NutzerInnen ist, zu ökologisieren. Allerdings solle in der Kalkulation ebenso die Möglichkeit, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen (Bsp. Pinzgau) berücksichtigt werden (Anbindung, Fahrpläne, Nähe zur nächsten Station).
4. Für PendlerInnen eine Förderung für öffentliche Verkehrsmittel einzuführen.

Salzburg, 22.10.2019
Sebastian Schwap und Miriam Lindner

AntragstellerInnen: Sebastian Schwap und Miriam Lindner
Gruppensprecher: Sebastian Schwap

Mehrheitlich angenommen (28 pro, 1 contra)

ANTRAG 10: Ein nachhaltiges und grünes Europa

Lisa Anita Fuchs und Tiba Roberta Hütter betreffend Lebensmittel im Abfall

Viele eigentlich verwertbare Lebensmittel werden tagtäglich von Supermärkten einfach entsorgt, obwohl diese von gemeinnützigen Organisationen etc. noch verwendet werden könnten. Damit wären die bei der Erzeugung und beim Transport entstandenen Emissionen zumindest nicht komplett sinnlos und bedürftige Menschen würden davon profitieren. Diese unnötige Verschwendung ist weder moralisch noch in Hinsicht auf die Klimaziele 2050 vertretbar.

Anhand des Beispiels Frankreich ist ersichtlich, dass es lösungsorientierte Wege gibt. Seit drei Jahren sind französische Supermärkte nämlich dazu verpflichtet, nicht konsumierte Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen zu spenden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass eine Verpflichtung für Supermärkte und Produktionsstätten eingeführt wird, die besagt, dass die nicht mehr für den Verkauf gedachten bzw. geeigneten Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen abzugeben oder gegebenenfalls anderweitig zu verwerten sind (z.B.: Verbrennung von altem Brot als Brennstoff).
2. Dass bei Nichteinhaltung der Vorschrift Sanktionen verhängt werden, um eine Befolgung garantieren zu können.
3. Sich anhand des Modells in Frankreich zu orientieren.
4. Dass zudem bewusstseinsbildende Maßnahmen gesetzt werden (z.B.: Schulworkshops, Aufklärungsaktionen und Broschüren für BürgerInnen) und
5. dass eine Anlaufstelle für KonsumentInnen auf freiwilliger Basis geschaffen wird.
6. Die Betroffenen sollen derartige Lebensmittel auch vor Ort verschenken dürfen.

Salzburg, 22.10.2019
Lisa Anita Fuchs und Tiba Roberta Hütter

AntragstellerInnen: Lisa Anita Fuchs und Tiba Roberta Hütter
Gruppensprecherin: Lisa Anita Fuchs

Mehrheitlich angenommen (28 pro, 1 contra)



